

Entwicklungen & Trends 2025

Landwirtschaftliche Betriebe, Preise, Märkte

von Onno Poppinga

Witterung, Wetterereignisse sowie agrarpolitische Großwetterlage 2024/25

Wieder ein Jahr mit Häufungen bei Trockenheit und Niederschlägen, aber sehr viel ausgeglichener als in den Jahren zuvor. Der Herbst 2024 bot gute Möglichkeiten für die Silomaisерnte (vorwiegend im September) und für die Herbstesaat. Die Anbaufläche von Winterweizen konnte wieder ausgedehnt werden zulasten des 2024 ersatzweise angebauten Sommerweizens. Zumindest der optische Eindruck ist, dass mehr Zwischenfrüchte angebaut worden sind zur Gründüngung als in den Jahren zuvor. Der Winter brachte wenig Frost und Schnee (wie immer mit Ausnahme des Voralpenlandes). Auch die Fröhjarsaussaaten konnten zu guten Bedingungen ausgebracht werden. Fröhjarsfröste traten erfreulicherweise sehr selten auf, was sich auch sehr positiv auf den Mais, die Zuckerrüben und vor allem auf alle Beerenfrüchte und Strauch- und Baumkulturen (von Kirschen über Mirabellen bis Äpfel) bemerkbar machte. Das Einbringen der Grassilagen war einfach, bei guten bis sehr guten Erträgen. Wenn das angewelkte Gras bisweilen reichlich lange auf den gemähten Flächen verblieb, lag das häufig an überforderten Lohnunternehmen. Da gibt es durchaus Personalprobleme. Auch die Heuernten waren einfach zu bewerkstelligen. Nahezu überall konnte die Gerste, im Süden oft auch der Dinkel, bis Mitte Juli gedroschen werden.

Dann aber setzten fünf Wochen lang kräftige Niederschläge ein, inzwischen wie gewohnt auch mit örtlichem Starkregen. Die Bauern wurden schon etwas »rappelig« vor allem wegen der Ausfallgefahr bei Raps und der Gefährdung der von den Genossenschaften und Landhändlern geforderten hohen Werte für Rohprotein bei Weizen. Der Deutsche Bauernverband machte bereits in »Katastrophe«, aber der Anteil der Weizenpartien mit niedrigeren Rohproteinwerten erwies sich nach Abschluss der Ernte nicht als besonders auffällig. Über alle Getreidearten und den Raps hinweg waren die Ernteerträge deutlich überdurchschnittlich. Schnell verschoben sich die Befürchtungen der Landwirte vom Rohproteingehalt auf die Getreidepreise. Die waren nämlich tatsächlich »in den Keller« gerauscht.

Bedingt durch den Klimawandel müssen sich seit vielen Jahren die Landwirte mit erheblichen Veränderungen auseinandersetzen. Vor allem im Acker- und Gemüsebau wurde und wird viel Neues ausprobiert, von Mulchen zur verbesserten Speicherung des Niederschlagswassers über Ausdehnung und technische Verbesserung von Bewässerung bis hin zum einzelnen Herantasten an Agroförstsysteme.¹ Die Vielzahl an pragmatischen und praktischen Anpassungsschritten auf den Höfen scheinen allerdings in einem erheblichen Widerspruch

**Überdurchschnittliche
Ernteerträge und
sinkende Getreidepreise**

zum allgemeinen Meinungsbild unter Landwirten über den Klimawandel zu stehen. Das erbrachte zumindest eine – allerdings nicht repräsentative – Befragung von gut 1000 Landwirten in einer Studie der Universität Osnabrück. Fast zwei Drittel der Befragten äußerten Zweifel, ob es den Klimawandel überhaupt gebe bzw. dass die Landwirtschaft damit auch an den Ursachen beteiligt sei.²

Neben den gewohnten Aufregern über Witterung, Aussaat und Ernte beschäftigten auch mehrere Vorgänge in der »agrarpolitischen« Großwetterlage die Gemüter in der Landwirtschaft. Nur die wichtigsten, und nur in Stichworten:

**Agrarpolitische
Großwetterlage
beschäftigte die
Gemüter**

- Ampelregierung: keine entschiedene Intervention bei der geplanten Deregulierung der Neuen Gentechnik (CRISPR/Cas) und bei der klaren Ausweisung für Agrarprodukte und Lebensmittel bei Einsatz gentechnischer Manipulationen.
- Ampelregierung: Enthaltung bei der Abstimmung im Agrarministerrat über die zehnjährige Verlängerung von Glyphosat (die Verlängerung wird durchgewunken).
- Ampelregierung: Aufgabe der obligatorischen Flächenstilllegung mit der Folge einer starken Ausdehnung der Stilllegungsflächen sowohl 2024 wie 2025, da jetzt jede Flächenstilllegung vergütet wird.
- Wechsel im Agrarministerium von Özdemir (Grüne) zu Rainer (CSU).
- CDU/CSU/SPD: Wiedereinführung der Dieselölrückvergütung (2025).
- CDU/CSU/SPD: Abschaffung der Förderung von Investitionen und laufenden Kosten bei Tierwohl-Ställen (2025).
- CDU/CSU/SPD: Ablehnung einer Förderung des Weidegangs für Kühe in Form einer neuen Öko-Regel in der »Erste Säule«.
- CDU/CSU/SPD: Streichung der Stoffstrombilanzverordnung und damit Aufgabe der Verpflichtung für größere landwirtschaftliche Betriebe zur Erstellung einer »Hofbilanz« für Nährstoffflüsse und damit verbundene Umweltbelastungen (2025).
- EU-Kommission: Ankündigung, dass der bisherige Schutz des Dauergrünlandes mit der neuen GAP deutlich reduziert werden soll (2025).
- EU-Kommission: Ankündigung, dass nach der neuen GAP die Bauern, die eine Rente bezögen, keine Direktzahlungen mehr erhalten würden. Begründung: Förderung für Junglandwirte, um an Flächen zu kommen.

Arbeitskräfte und landwirtschaftliche Betriebe

Arbeitskräfte

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe wie die der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ist seit Jahren rückläufig. Das setzte sich laut *Agrarstrukturhebung 2023* des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) auch im Jahr 2023 weiter fort. 2023 waren von den Arbeitskräften 45 Prozent Familienarbeitskräfte (aufgrund der speziellen Agrargeschichte im Osten Deutschlands ist ihr Anteil dort geringer). Hinzu kamen 235.000 ständige Angestellte und 242.000 Saisonarbeitskräfte.³

Die Belastung der Menschen in der Landwirtschaft ist in vielen Betrieben sehr hoch. Am 18. September 2025 kündigte beispielsweise der Vorstandsvorsitzende der landwirtschaftlichen Sozialversicherung an, dass es sehr wichtig sei, präventiv tätig zu werden: »Wir haben festgestellt, dass im Vergleich zu anderen Bereichen die Zahl an psychisch Belasteten – viel schlimmer noch – auch die Zahl der Suizide in der Landwirtschaft signifikant höher sind.«⁴

Im Vergleich zu 2023 ging vor allem die Zahl der Saisonarbeitskräfte zurück. Auch bei den Familienarbeitskräften fand eine Abnahme statt; sie verlangsamte sich aber im Vergleich zu früheren Jahren. Kamen in den früheren Jahren die Saisonarbeitskräfte vor allem aus Polen, so sind jetzt Rumänien und Bulgarien die wichtigsten Herkunftsländer. Neben vielen landwirtschaftlichen Betrieben, die sich an die gesetzliche Vorgabe Mindestlohn halten und auch sonstige gute Bedingungen anbieten (Wohnungen), gibt es auch noch reichlich Betriebe, wo das nicht der Fall ist. Die Gewerkschaft IG Bau Agrar macht erneut darauf aufmerksam, dass es immer auch noch Systeme »der Abhängigkeit und Ausbeutung« gibt.⁵ Das betrifft vor allem kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse, weil dabei keine Krankenver-

**Psychische Belastung
der Menschen in der
Landwirtschaft nimmt zu**

sicherungs- und auch keine Rentenbeiträge eingezahlt werden. Eine politische Intervention des DBV-Präsidenten, die Saisonarbeitskräfte von der Erhöhung des Mindestlohns auszunehmen, wurde erfreulicherweise von der zuständigen Ministerin Bas mit barschen Worten zurückgewiesen.

Landwirtschaftliche Betriebe

Der Anteil der Biobetriebe und der von ihnen bewirtschafteten Flächen hat in den letzten 30 Jahren stark zugenommen: von 5.866 Betrieben mit 272.000 Hektar im Jahr 1994 auf 35.881 Betriebe mit 1,913 Millionen Hektar im Jahr 2024. Ab 2020 ist die Zahl der Betriebe dagegen so gut wie nicht mehr gestiegen, die der Flächen aber immerhin noch etwa um 200.000 Hektar.⁶ Schwierige Bedingungen an den Biomärkten – unter anderem durch die Corona-Jahre – zeitigen Folgen.

Seit 2020 besteht erfreulicherweise die Möglichkeit, sich eine Übersicht zu verschaffen über landwirtschaftliche Betriebe, die nicht mehr selbständig sind (in welcher Rechtsform auch immer), sondern Teil einer *Unternehmensgruppe*. Nach der letzten Untersuchung im Jahr 2024 waren das 4.800 landwirtschaftliche Betriebe, die 2,12 Millionen Hektar oder umgerechnet 13 Prozent der Landwirtschaftsfläche (LF) in Deutschland bewirtschaften. 72 Prozent dieser landwirtschaftlichen Betriebe werden von nicht-landwirtschaftlichen Unternehmen geführt. Die klaren Schwerpunkte dieser Betriebe, die Teil einer Unternehmensgruppe sind, liegen in Brandenburg (489.000 Hektar LF), Mecklenburg-Vorpommern (474.000 Hektar LF) und Thüringen (350.000 Hektar LF). Es gibt solche Konstruktionen aber nicht nur in Ostdeutschland (auf 12 Prozent der genutzten Fläche), sondern auch in Westdeutschland (1 Prozent der genutzten Fläche).⁷

Immer mehr Betriebe werden von nicht-landwirtschaftlichen Unternehmen geführt

Um ein Beispiel für eine derartige Konstruktion zu nennen: LFD Holding (»Landwirtschaftliche Ferkelzucht Deutschland«), gegründet als »Straathoff-Holding« verfügt über 55.000 Sauen-, 250.000 Ferkelaufzuchtplätze, 15.000 Mastplätze und zehn Biogasanlagen. 400 Mitarbeiter sind angestellt.

Kaufpreise

Für NRW stiegen die Kaufpreise von unter fünf Euro pro Quadratmeter auf fast neun Euro pro Quadratmeter – innerhalb von fünf Jahren fast eine Verdopplung. Nach Einschätzung des Agrarmaklers Julius Loch prägen außerlandwirtschaftliche Käufer den Bodenmarkt. Es sind vor allem überregionale Versorgungsträger (unter anderem Netzbetreiber) aber auch Kommunen und Projektentwickler. Sie brauchen Flächen für den Netzausbau und für die Ansiedlung größerer Wohn- und Gewerbegebiete. Für die Landwirte »breche buchstäblich der Boden unter ihren Füßen weg, der doch ihr wichtigster Produktionsfaktor ist«, so Julius Loch auf einer Veranstaltung des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes im April 2025.⁸ Angesichts dieser Entwicklungen auf den Bodenkauf- und Pachtmärkten ist es von größter Bedeutung für die Landwirte, dass diese längst aus dem Ruder gelaufenen Preisveränderungen durch staatliche Interventionen reguliert werden.⁹

Steigende Kaufpreise: Landwirte verlieren »Boden unter den Füßen«

Pachtpreise

Seit mehr als 20 Jahren steigen die Preise für Neuverpachtungen von Jahr zu Jahr, mit großen (und im Zeitablauf größer werdenden) Unterschieden zwischen Acker- und Grünland.

Tab. 1: Pachtpreisentwicklung (in Euro pro Hektar) ¹⁰			
	Ackerland	Grünland	Insgesamt
1991	149	120	129
2003	193	121	194
2013	277	153	243
2020	375	198	329
2023	407	212	357

Für *Ackerland* sind die Pachtpreise zwischen den Bundesländern außerordentlich groß. Nur einige Beispiele (für 2023, jeweils pro Hektar): NRW 560 Euro, Niedersachsen 548 Euro, Schleswig-Holstein 479 Euro, Bayern 415 Euro, Sachsen-Anhalt 323 Euro, Mecklenburg-Vorpommern 305 Euro, Sachsen 214 Euro, Hessen

207 Euro, Thüringen 195 Euro, Saarland 99 Euro. Zwischen 2020 und 2023 wuchsen die Pachtpreise in den ohnehin »teuren« Bundesländern stärker an wie in den anderen.

Sowohl für die sehr großen Unterschiede zwischen den Bundesländern wie die zwischen den Jahren gibt es zahlreiche Ursachen. Gerne übersehen wird, dass neben den übermächtigen externen Faktoren (siehe nächster Absatz) die Konkurrenz unter den Landwirten eine Schlüsselbedeutung hat. Nur weil (zu) viele der Landwirte der Überzeugung sind (bzw. in der landwirtschaftlichen Ausbildung gelernt hatten), unbedingt jeden Hektar pachten zu müssen, an den man herankommen kann, auch zu Preisen, die niemals erwirtschaftet werden können, wälzt sich diese Pachtpreisdynamik von Jahr zu Jahr fort. Mal »nein« zu sagen, gilt für viele Landwirte als Zeichen für mangelnden Unternehmergeist – aus meiner Sicht ein großer Fehler.

**Mal »Nein« zu sagen
beim Pachten
wäre eine Stärke**

Nachdem in den vergangenen Jahren die Biogasanlagen und die Anlagen der Massentierhaltung einen besonderen Einfluss auf die Höhe der Pachtpreise hatten, sind mit Solarparks und Windkraftanlagen neue große »Treiber« dazugekommen. Bei Solarparks liegen die Pachtpreise zwischen 3.500 und 5.000 Euro pro Hektar und Jahr, bei den Windkraftanlagen sogar zwischen 20.000 und 30.000 Euro pro Anlage und Jahr.

Bei vielen Bauern stößt die Entwicklung der Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Grundstücke auf Unmut und dieser führt manchmal auch zu Protest. In kaum einem anderen Bereich ist es aber wohl so schwierig, ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage zu erreichen. So sehr extra hohe Preise auf Kritik stoßen, weil landwirtschaftliche Betriebe keine Chance mehr haben mitzuhalten, so schwierig ist es, eine wirksame Regulierung zu erreichen. Bei vielen Zauderern ist das darauf zurückzuführen, dass man, wenn man selbst Land verkaufen soll oder will, sich seinerseits gerne ein wenig an der Bodenspekulation beteiligen möchte. Um so bedeutender ist es, dass es der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in den letzten Jahren mit großem Aufwand in Kooperation mit unterschiedlichen politischen Parteien in mehreren ostdeutschen Bundesländern immerhin gelungen war, Vorlagen für ein Agrarstrukturgesetz politisch soweit voranzubringen, dass sie den jeweiligen Landesregierungen vorgelegt wurden. Leider war es dann zu Ende: Die jeweiligen Regierungsfractionen schrakten vor dem Widerstand der Bauernverbände und der CDU zurück. 2025 nahm der Landesverband der ABL-Niedersachsen den Stab auf; ein mit ihrer Unterstützung ausgearbeitetes Agrarstrukturgesetz wurde im Landesparlament in Hannover zur Debatte gestellt. Ob es zur Verabschiedung des Gesetzes kommt, ist aktuell noch offen.¹¹

**Widerstand von
Bauernverband und
CDU gegen neue
Agrarstrukturgesetz**

Wie gering das Interesse in Politik und Agrarverwaltung an einem Eingreifen auf den Bodenmärkten ist, zeigte sich unübersehbar auch beim Verkauf von etwa 20.000 Hektar, die im Besitz der Deutschen Agrarholding (DAH) waren. Käuferin ist die australische Beteiligungsgesellschaft Igneo. Dabei sieht die Außenwirtschaftsverordnung ausdrücklich vor, dass in solchen Fällen (Käufer aus Drittstaaten) eine Überprüfung stattzufinden hat.¹²

Acker und Pflanzenbau

Anbauverhältnisse auf dem Acker

Im Gegensatz zum Vorjahr erhöhte sich die Getreidefläche wieder, und zwar um 179.000 Hektar (plus 3,2 Prozent). Wie in den Vorjahren ist Winterweizen unter den Getreidearten mit 2,78 Millionen Hektar (48 Prozent) die weitaus bedeutendste Kultur. Bei den anderen Wintergetreidearten nahm der Anbauumfang ab (Wintergerste minus 6,4 Prozent auf 1,22 Millionen Hektar), Roggen (minus 1,2 Prozent auf 529.000 Hektar) oder blieb unverändert (Triticale, 266.000 Hektar). Mit minus 3,3 Prozent haben auch die Sommergetreidearten an Flächenumfang verloren. Auch der Silomais, der viele Jahre nur eine Tendenz kannte, nämlich seinen Anteil zu erhöhen, ist mit 1,94 Millionen Hektar deutlich weniger angebaut worden (ein Minus von 110.000 Hektar bzw. minus 5,4 Prozent). Möglicherweise ist das schon auf die rückläufige Zahl an Rinder zurückzuführen (siehe unten). Mit 1,1 Millionen Hektar hat sich die Winterrapsfläche leicht erhöht (plus 1,5 Prozent). Die Fläche für Kartoffeln nahm um 4,8 Prozent (296.000 Hektar) zu, die Zuckerrüben – vermutlich wegen der stark gefallen Preise – um 6,6 Prozent auf 409.000 Hektar ab. Erfreulicherweise stieg die Anbaufläche für Erbsen um 7,7 Prozent auf 139.000 Hektar, die von Ackerbohnen sogar um 21 Prozent auf 75.000 Hektar an. Erfreulich ist diese Entwicklung deshalb zu nennen,

**Rückläufiger
Silomaisanbau
korrespondiert
mit Rückgang der
Rinderhaltung**

weil dadurch die doch sehr getreidedominierten Fruchtfolgen – zumindest etwas besser wie zuvor – durch Körnerleguminosen aufgelockert werden. Das ist nicht nur gut für den Boden, sondern vermindert zumindest etwas den Einkauf von Stickstoffdüngemittel.¹³

In Regionen, in denen die Südzucker AG einen größeren wirtschaftlichen Einfluss hat, hat sich in den vergangenen Jahren der Anbau von Ackerbohnen besonders sichtbar ausgedehnt. Das liegt an Verträgen, die die Südzucker mit 40 Euro je Doppelzentner mit den Landwirten abgeschlossen hat. Hintergrund dafür ist die Absicht, das Eiweiß in der Ackerbohne als Grundlage für neue Ersatzlebensmittel und Futtermittel zu nutzen. Die vorgesehene industrielle Fertigung in einem neu errichteten Werk in Offstein (Rheinland-Pfalz) verzögert sich aber. Der vertraglich vereinbarte Preis an die Bauern als Vertragspartner wurde eingehalten. Gleichzeitig lag der Preis für Ackerbohnen im August beim Agrarhandel bei weniger als 20 Euro pro Doppelzentner.

Ausdehnung der Ackerbohne durch gute Vertragspreise

Düngung

Seit einigen Jahren veröffentlicht das BMEL nicht nur die absoluten Zahlen der in der Landwirtschaft eingesetzten Mengen an Mineraldünger, sondern erstellt auch eine Flächenbilanz. Das ist viel aussagekräftiger (leider nur für Stickstoff).

Die Tabelle 2 zeigt sehr deutlich, dass vor allem die Stickstoffeinträge deutlich zurückgegangen sind. Bei einer Betrachtung der längerfristigen Entwicklung zeigt sich allerdings, dass diese Veränderungen vor allem in den letzten Jahren eingetreten sind. Gegenläufig zu den deutlichen Rückgängen beim Stickstoffmineraldünger (vor allem wohl durch stark gestiegene Preise) und Wirtschaftsdünger (wohl wegen der deutlichen Reduzierung der Schweine- und Rinderbestände) waren die Biogas-Gärreste.

Rückläufige Gesamt-Stickstoffeinträge ...

Tab. 2: Flächenbilanz von 1990 bis 2023 in Kilogramm Stickstoff pro Hektar LF¹⁴

	1990	2014	2023
<i>N-Düngemittel</i>	200	194	150
davon: Mineraldünger	122	100	61
Wirtschaftsdünger	80	58	53
Wirtschaftsdüngerimport	0	2	1
Biogasgärreste aus Biogasanlagen	0	34	32
Sonstige organische Düngemittel	2	4	2
<i>N-Deposition</i>	17	13	15
davon: Landw. Emissionen	9	9	10
Außerlandw. Emissionen	8	4	5
<i>Biologische N-Fixierung</i>	15	12	14
<i>Saat- und Pflanzgut</i>	2	1	1
Summe Stickstoffzufuhr	238	223	180
<i>Pflanzliche Marktprodukte</i>	48	73	60
davon: Getreide	37	53	43
Leguminose	0	1	1
Hackfrüchte	5	6	6
Industriefrüchte (u. a. Raps)	4	13	9
Trockengrünfütter	1	0	0
Sonstige Feldfrüchte	1		1
<i>Grundfutter</i>	79	66	57
davon: Grasland	45	39	31
Grünfütter (u. a. Maissilage)	27	24	20
Fütterhackfrüchte	1	0	0
Ernterückstände	6	3	3
<i>Nachwachs. Rohstoffe für Biogasanlagen</i>	0	19	18
<i>Emissionen aus landw. Flächen</i>	6	6	6
Summe Stickstoffabfuhr	133	163	141
Saldo	105	60	39

... aber Zunahme bei Bio-Gärresten

Das stark verminderte Saldo von 105 Kilogramm Stickstoff 1990 auf 39 Kilogramm Stickstoff 2023 ist auf jeden Fall eine erfreuliche Entwicklung, weil sich daraus ableiten lässt, dass die flächenmäßige Umweltbelastung durch Stickstoff deutlich zurückgegangen ist, und das obwohl die Erträge auf den Äckern und die Leistungen in den Viehställen sich keineswegs vermindert haben! Das verweist auch auf die Unsinnigkeit vieler Düngerempfehlungen.

**Nach wie vor regional
und einzelbetrieblich
große Stickstoff-
überschüsse**

Ganz unabhängig von dieser erfreulichen Entwicklung in der Stickstoffbilanz für ganz Deutschland (die Flächen, die ökologisch oder nach dem Prinzip »low cost« bewirtschaftet werden, müssten noch herausgerechnet werden) gibt es unverändert in spezifischen Regionen und in einzelnen Betrieben große Stickstoffüberschüsse. Wesentliche Ursachen dürften eine zu hohe Stickstoffmineraldüngung im Gemüsebau und bei der Erzeugung von »Qualitätsweizen« sowie in der Tierhaltung ein zu hoher Viehbesatz pro Fläche sein (mehr als 2,5 Dünger-Großvieheinheiten pro Hektar). Dass es hier kaum Änderungen gibt, liegt vor allem anderen daran, dass der Deutsche Bauernverband (und in seinem Schlepptau die Bundesregierungen) es seit Jahrzehnten ablehnen, Nährstoffbilanzen zur Anwendung zu bringen, die eine Identifizierung der (wenigen) Verursacherbetriebe erlauben würden.

**Hoftorbilanz auf
der Kippe**

Als in dieser Hinsicht jüngstes »Bubenstück« erfolgte die Streichung der geplanten »Stoffstromverordnung« im September 2025. Bei gleichzeitiger Abschaffung der bisherigen, weitgehend wirkungslosen Ermittlung des »Düngerbedarfs« für jede einzelne Parzelle wäre mit der Stoffstrombilanz (=Hoftorbilanz) für die Landwirte zudem eine wirklich *merkbar* Verminderung des bürokratischen Aufwandes möglich gewesen. Wegen der Proteste von Betrieben, die nachweisbar grundwasserschonend wirtschaften, haben Landesregierungen (Mecklenburg-Vorpommern, Bayern) versucht, durch mehr und besser platzierte Grundwassermessstellen solche Fehler zu beseitigen. Die zusätzlichen Messstellen verursachten aber nur eine Verlagerung der »Roten Gebiete«, zugleich aber eine Vergrößerung auf mehr Betriebe! Hinzu kommt die Kritik von Friedhelm Taube, Professor an der Kieler Universität, dass mit der Messung der Grundwasserbelastung ohnehin wichtige Austräge ganz übersehen werden: In den meisten Böden sind Drainagen eingebaut, die einen Großteil des Sickerwassers in die Entwässerungsgräben, Flüsse und schließlich in die Meere ableiten. Eine korrekte Erfassung kann grundsätzlich nicht über Analysen des Grundwassers, sondern nur über die Erfassung der Nährstoffzukaufe und -abgaben der Betriebe erfolgen (Hoftorbilanz!).

Pestizide und Pflanzenkrankheiten

Der Absatz an Wirkstoffen ist von 2023 auf 2024 stark angestiegen auf 28.595 Tonnen oder plus. 3.331 Tonnen.¹⁵ Es sind gleich mehrere Pflanzenkrankheiten, die als Folge des Klimawandels von Süden nach Norden gewandert sind und jetzt auch Ackerbauern, Gärtnern und Winzern in Deutschland das Leben erschweren. Im Einzelnen:

**Problemunkräuter
wandern
klimabedingt ein**

- Das *Erdmandelgras* ist aus Afrika eingewandert und kommt allein in Niedersachsen (2024) auf etwa 200.000 Hektar vor. Es ist ein Sauergras, das bis zu einem Meter hoch werden kann und besonders deshalb schwer zu bekämpfen ist, weil in einer Bodentiefe bis 30 Zentimeter zahlreiche Tochterpflanzen gebildet werden. Eine vollständige Beseitigung auf Befallsflächen ist bisher unmöglich. Als dreikantiges Sauergras wird es nicht oder nur ungen gen gefressen. Die Verschleppung erfolgt vor allem über Knollen (Mandeln) und über Samen. Es entwickelt sich besonders schnell in Hackfruchtbeständen (Kartoffeln, Zuckerrüben) und lässt sich allenfalls durch eine zweijährige Schwarzbrache oder durch Umwandlung der Flächen in Grünland deutlich vermindern. Die Verbreitung erfolgt vor allem durch eine Verschleppung über Erdanhaftungen an Maschinen und über Erde, die nach Reinigung in Kartoffel- und Zuckerrübenfabriken auf landwirtschaftliche Flächen zurückgebracht wird. Die Schädigung der Wachstumsbedingungen der Kulturpflanzen ist sehr groß. 2024 lehnte die Zuckerfabrik in Uelzen die Annahme von Vertragsrüben ab, die von zu stark befallenen Schlägen kamen.¹⁶
- Die *Schilf-Glasflügelzikade* kommt aus dem Mittelmeerraum und breitet sich in den vergangenen Jahren nach Norden aus. Sie trat beispielsweise in Südhessen schon in bedeutendem Umfang auf. Sie verbreitet ein Bakterium (SBR-Bakterium), das Rüben, Kartoffeln und alle Gemüsekulturen sehr stark schädigen kann. Die Schädigung besteht beispielsweise bei Rüben darin, dass der Rübenkörper weich wird »wie Gummi« und der Zuckergehalt stark ver-

mindert ist. Bei Kartoffeln wird der Stärkegehalt so stark vermindert, dass sie beispielsweise nicht mehr für eine Herstellung von Chips geeignet sind. Eine wirksame Bekämpfungsmöglichkeit ist bisher nicht bekannt.¹⁷

■ Eher noch eine Bedrohung ist die Raupe *Wanderfalter Baumwollkapselseule*, die starke Fraßschäden an Bohnen, Erbsen, Tomaten und vielen Gemüsepflanzen anrichten kann. In der Schweiz ist sie bereits ein bedeutendes Problem, in Süddeutschland gibt es erste Befallsflächen bei Kichererbsenanbau.¹⁸

Tierhaltung

Rinder und Kühe

Die Tierhaltung in Deutschland ist seit einigen Jahren durch einen deutlichen Rückgang der Tierzahlen gekennzeichnet. Das ist eine durchaus überraschende Entwicklung, weil die Jahre davor durch kaum etwas so sehr geprägt waren wie durch Aufgabe kleinerer Tierhaltungsbetriebe und überproportionalem Wachstum in großen und intensiv geführten Unternehmen. (Von gegenläufigen Entwicklungen bei Betrieben, die mit zurückgenommener Intensität wirtschaften, Betrieben, die »unter dem Radar« der globalen Statistik bleiben, muss hier leider abgesehen werden.) So verminderte sich die Zahl der milchviehhaltenden Betriebe von 142.250 (2000) auf 48.788 (2024)! Im gleichen Zeitraum stieg die durchschnittliche Herdengröße von 32,7 auf 73,5 Kühe an.¹⁹

Bei den Rindern sei das am Beispiel der männlichen Rinder (im Alter <1 und <2 Jahre) und Kühe jeweils in der Viehzählung im Mai 2025 dargestellt (Tab. 3).

Seit Anfang der 2020er-Jahre geht die strukturelle Veränderung der Milchviehbetriebe nicht mehr zwingend mit einer weiteren Aufstockung der Bestände einher. Das hat seine Ursache unter anderem in den über viele Jahre gänzlich

unzureichenden Auszahlungspreisen und der sehr unbefriedigenden Wirtschaftlichkeit. Damit einher ging auch eine Abnahme beim Bau neuer Ställe trotz üppiger staatlicher Förderangebote. Weiter investiert wurde aber in Techniken zur Arbeitserledigung, insbesondere in Melkroboter. Die Gründe dafür waren weniger wirtschaftliche Überlegungen, sondern ein Mangel an zuverlässigen Mitarbeitern. Eine gewisse Rolle spielte wohl auch eine Forderung von Hofnachfolgern, den Betrieb nur zu übernehmen, wenn man nicht mehr melken müsse.

Im Gegensatz zum Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch, der in der Vergangenheit deutlich vermindert wurde, ist der Konsum von Rindfleisch in den letzten 30 Jahren weitgehend unverändert geblieben. Seit drei Jahren gibt es allerdings leichte Rückgänge. Ein ähnliches Bild gibt es bei den Exporten von Rindfleisch.²¹

Rinder und Grünland

Der Rückgang der Zahl der Milchviehbetriebe sowie der Zahl der Rinder hat inzwischen auch Konsequenzen für die Verwertung von Grünland. Wenn Grünland nicht mehr für die Verwendung als Futtergrundlage genutzt werden kann, ist es »über«. In der Vergangenheit wurde darauf bisweilen mit dem Aufbau von Mutterkuhbeständen oder mit der Herstellung von »Pferdeheu« reagiert. Diese Lösungen scheinen aber inzwischen überzogen zu sein; zumindest die Heupreise sind 2025 sehr deutlich gefallen von einem Niveau bei 50 Euro auf 35 Euro pro Doppelzentner.

Ein sehr großes Problem während des ganzen Jahres 2024 wie auch in den ersten Monaten des Jahres 2025 war für die Milchviehhalter die *Blauzungenkrankheit* (BTV). Sie tritt vor allem bei Schafen und Rindern auf. Am stärksten verbreitet war sie im Westen und im Süden Deutschlands. Der Statistik über anzeigepflichtige Tierseuchen nach war sie sowohl 2024

Betriebsaufgaben bei Milchvieh nicht mehr gekoppelt an Aufstockung der Bestände

Tab. 3: Zahlenmäßige Veränderung von männlichen Rindern und Kühen (in 1.000)²⁰

	Rinder, männl.	Milchkühe	Rinder insges.
2010	1.075	4.183	12.810
2015	987	4.287	12.653
2020	857	3.969	11.424
2023	862	3.775	10.937
2025	764	3.578	10.335

Rückgang von Milchvieh und Rindern erschwert Verwertung von Grünland

als auch in der ersten Hälfte 2025 die anzeigepflichtige Tierseuche mit der weitaus größten Bedeutung in Deutschland.²² 2024 wurden 15.883 Fälle gemeldet, in der ersten Hälfte 2025 noch 2.162. Bei den Schafen waren sowohl bei den Muttertieren, den Böcken und den Jungtieren die Mortalitätsraten sehr hoch. Die Hirten und Schafhalter kamen an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Auch bei den Rindern war die Mortalitätsrate bei den Kälbern hoch, bei den Rindern und Kühen niedriger. Bei den Kühen kam es verbreitet zu Aborten und der Geburt lebensschwacher Kälber, Euterentzündungen und einen anhaltenden Rückgang der Milchleistung. Auch die Fruchtbarkeit ging deutlich zurück.

**Blauzungenkrankheit:
weniger Milch –
höhere Preise**

Sowohl von den Schaf- wie von den Rinderhaltungen wurde in großem Ausmaß die Möglichkeit der Impfung genutzt. Diese war durchaus hilfreich, verhindert aber nicht, dass weitere einzelne geimpfte Tiere erkranken konnten. Die Folgen für die Bestände an Schafen und Rindern waren sehr groß. So gingen die Bestände an Milchvieh und auch die Liefermengen an Milch bis in den Anfang des Jahres 2025 beständig zurück. Wie bei einem Gut mit sehr geringer Preiselastizität üblich, stiegen die Preise für Milch, Rindfleisch und Zuchttiere sehr deutlich an. Auch die Preise für Schaf- und Lammfleisch erreichten bis dahin nicht bekannte Höhen.

Dieser starke Anstieg der Preise verursachte auch viele Fehleinschätzungen über die Wirtschaftlichkeit der Tierhaltung. Übersehen wurde, dass nur die Betriebe, die nicht von der Blauzungenkrankheit erfasst worden waren, sich über die sehr guten Preise freuen konnten. Dagegen hatten bei einem großen Teil der über 15.000 Bauernhöfe, bei deren Rindern die Blauzungenkrankheit aufgetreten ist, mit erheblichen finanziellen Ausfällen und Kosten zu tun. Nachdem viele dieser Betriebe sich bemühten, ihre Ausfälle durch Zukäufe auszugleichen, wurde auch die Zahl der käuflichen Tiere nicht nur sehr knapp, sondern diese Tiere auch sehr teuer. Für ökologische Betriebe war es besonders schwierig, weil sie ja nur Tiere aus anderen Biobetrieben zukaufen dürfen. Die hohen Kosten der Blauzungenkrankheit für die Milchviehbetriebe war auch ein wichtiger Grund dafür, dass trotz deutlich gestiegener Milchpreise das Verhältnis zwischen Kosten und Erlösen für den Durchschnitt der Milchviehbetriebe in Deutschland sich verschlechterte.

**Maul- und
Klauenseuche –
Warnschuss an alle
Tierhalter**

Im Gegensatz zur Blauzungenkrankheit blieb ein Ausbruch der *Maul- und Klauenseuche* (MKS) in der Nähe von Berlin ein heftiger »Warnschuss« für alle Tierhalter. Die Krankheit wurde bei einer Gruppe Wasserbüffel nachgewiesen. Wie bisher bei der MKS üblich, wird sofort mit der Tötung der befallenen Tiere und aller Tiere in »Kontaktbetrieben« begonnen. Insgesamt 275 Tiere wurden getötet. Die Furcht bei den Tierhaltern war deshalb so groß, weil die erschütternden Vorgänge beim MKS-Ausbruch 2001 noch sehr gegenwärtig sind. Für die Massentötung der Tiere wurde auf den Farmen in England sogar Militär mit Maschinengewehren eingesetzt. Der Widerstand in den Niederlanden und in Deutschland gegen die Massentötung war sehr stark. Nach wie vor ist es aber die Strategie der Regierung, wegen der starken Wirkung auf Drittlandexporte an der massenhaften »Keulung« festzuhalten. Dagegen sprachen sich die Bundestierärztekammer und der Bundesverband für Tiergesundheit im Herbst 2024 für die Impfung als zentrale Bekämpfungsmethode aus. Danach sollten die Tiere weiter wie gewohnt gehalten und danach geschlachtet werden können.²³

Schweine

Während die Zahl der Schweine seit mehr als zwei Jahrzehnten nur von Zuwächsen gekennzeichnet war, auch weil große Erwartungen über Perspektiven bei Drittlandexporten geweckt worden waren (»Deutschland Kostenführer bei Schweinefleisch«), begann 2020 ein Abbau der Bestände.

Die Verläufe bei den Zahlen für Zucht- und Mastschweine sind deutlich unterschiedlich, weil es bei Ferkel bedeutende Importe nach Deutschland gibt (Dänemark). Der Rückgang der Schweine ist mehre-

Tab. 4: Zahl der Schweine in Deutschland (Mai-Zählung) in 1.000²⁴

	Mastschweine zus.	Zuchtsauen zus.	Schweine insges.
5/2010	11.173	2.243	26.509
5/2015	12.160	2.024	28.030
5/2020	11.107	1.776	25.480
5/2023	9.679	1.394	20.950
5/2024	9.454	1.414	21.174
5/2025	9.403	1.394	20.913

ren Faktoren geschuldet. So ging der inländische Verbrauch von Schweinefleisch (er lag 2010 bei 4,01 Millionen Tonnen) bis 2023 auf 2,92 Millionen Tonnen oder umgerechnet um 27 Prozent zurück. Der Pro-Kopf-Verbrauch sank im gleichen Zeitraum von 49,1 Kilogramm auf 34,6 Kilogramm um knapp 30 Prozent. Auch die Exporte von Schweinefleisch verminderten sich, insbesondere seit 2020. Dazu trug wesentlich die Afrikanische Schweinepest bei, die anhaltend in Brandenburg, Rheinland-Pfalz und in Hessen auftrat bzw. immer noch auftritt.²⁵

Geflügel und Schafe

Nach Rindern und Schweinen ist das Geflügel die nächst wichtige Tierart in Deutschland. Dabei sind anhaltend wachsende Bestandszahlen zu beobachten. Im Jahr 2010 gab es noch insgesamt 56.000 Betriebe, die eine Legehennenhaltung betrieben; 2023 waren es noch 42.000. Die Zahl der Hennen hatte sich im gleichen Zeitraum von 35 Millionen auf 56 Millionen vergrößert. Dabei lag der Anteil der Hühner, die in Anlagen mit mehr als 50.000 Tieren standen, jeweils bei etwa 50 Prozent. Einen doch deutlichen Zuwachs von 800.000 auf 1,4 Millionen Hennen fand auch bei der Größenklasse 100 bis 999 Tiere statt. Er könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Haltung in mobilen Hühnerställen in den letzten Jahren erfreulicherweise eine deutliche Zunahme erfahren hat (sie wird bei den Haltungsformen leider nicht gesondert ausgewiesen). Bei den Haltungsformen der Legehennenhaltung ist die Käfighaltung fast verschwunden. Zwar macht die Bodenhaltung immer noch fast 60 Prozent aus; deutliche Zunahmen haben aber die Bodenhaltung und die Haltung in ökologischen Betrieben. In ökologisch bewirtschafteten Betrieben standen 2023 13,7 Prozent der Legehennen.²⁶

Legehennen und Masthühner machen 93 Prozent (156 Millionen Tiere) des Gesamtgeflügelbestandes aus. Es folgen Truthühner mit rund neun Millionen Tieren. Von den Legehennen wurden 15,2 Milliarden Eier gelegt, mit denen 72 Prozent des inländischen Verbrauchs abgedeckt wurden. Mit einer Bruttoerzeugung von 1,7 Tonnen Schlachtgewicht deckte das Mastgeflügel zu 100 Prozent den Eigenverbrauch von Geflügelfleisch in Deutschland. Der Pro-Kopf-Konsum von Geflügelfleisch ist inzwischen höher wie der von Rindfleisch.

Die Zahl an Schafen, die 2011 insgesamt 1.658.000 Tiere betragen hatte, ging bis 2025 leicht auf 1.501.000 zurück.

Antibiotika in der Tierhaltung

Der Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung war ja um fast 70 Prozent gefallen seit 2011. Leider ist seit einigen Jahren der Verbrauch in Tonnen praktisch nur noch gesunken, weil die Tierzahlen zurückgingen. Jetzt stagnieren die Tierzahlen und der Antibiotikaverbrauch steigt wieder. Laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) wurden insgesamt 562 Tonnen Antibiotika an Tierärzte und weitere Empfänger abgegeben.²⁷ Das ist ein Plus von 34 Tonnen (6,4 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zu 2011, dem ersten Jahr der Erfassung, beträgt der Rückgang 67 Prozent.

Von den 562 Tonnen Antibiotika, die 2024 abgegeben wurden, entfallen wie in den Vorjahren die größten Mengen auf Penicilline (222 Tonnen) und Tetrazykline (113 Tonnen). Es folgen Sulfonamide (62 Tonnen), Makrolide (53 Tonnen), Aminoglykoside (37 Tonnen) und Polypeptidantibiotika (31 Tonnen). Deutlich regionale Schwerpunkte: Im PLZ-Bereich 4 (Südoldenburg und Münsterland) ragt in der Absatzmenge von 150 bis 200 Tonnen um den Faktor 10 heraus und damit mehr als deutlich über alle anderen Regionen.

Märkte

Die deutsche Volkswirtschaft, wie die anderer Länder auch, erlebte einen im Jahr 2021 einsetzenden ungewohnt hohen Anstieg der Inflation. Ausgelöst wurde diese durch Störungen bzw. kompletter Unterbrechung vieler Lieferketten beim Import wie beim Export. Die Europäische Zentralbank verschärfte durch deutliche Anhebung der Leitzinsen, einer bei Störung der Lieferketten völlig unpassenden Maßnahme, zusätzlich die Krise.

Für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Märkte hatte die Inflation, die kaum irgendwo so stark ausgeprägt war wie gerade bei Nahrungsmitteln, eine sehr große Bedeutung. Die Erklärungen, die für diese große Auswirkung auf die Lebensmittelpreise angeboten werden,

**Stark angewachsen:
Großbestände
und kleine Haltungen
von Geflügel**

**Steigender
Antibiotikaverbrauch
trotz rückläufiger
Tierhaltung**

sind sicher noch nicht ausreichend. Bedeutend ist aber fraglos der von der Monopolkommission festgestellte *Machtgewinn des Lebensmittelhandels*. So identifizierte die Kommission eine signifikante Machtverschiebung innerhalb der Lebensmittelversorgungsketten zulasten der Erzeuger, den Bauern und Bäuerinnen. Die Erzeuger könnten immer geringere Preisaufschläge realisieren.²⁸ Zum Beispiel die Kosten für Brot in Deutschland: Zwischen 2019 und 2023 stiegen die Verkaufspreise für Brot und Brötchen um 34,5 Prozent. Die Preise für die Backwaren, die die Verbraucher bezahlen mussten, stiegen mit den Weizenpreisen an, sanken aber nicht, als die Rohstoffpreise sowie die Kosten für Energie wieder zurückgingen.²⁹ Dazu gibt es einen schönen Spruch »Preise steigen wie Raketen und fallen wie Federn«.

**Inflation bei
Lebensmitteln –
Politik reagiert nicht**

Während es in südosteuropäischen Ländern immerhin Versuche der Regierungen gab, durch Einführung von Obergrenzen bei den Preisen für Grundnahrungsmitteln der Belastung der Bevölkerung Grenzen zu setzen, gab es in Deutschland nur wenige Reaktionen. Die Regierung unternahm nichts, außer die starken Preisanstiege für Lebensmittel zu bedauern. Es gab Vorschläge, im internationalen Kontext Lebensmittelvorräte durch eine Gemeinschaft von Staaten einrichten zu lassen, um gegensteuern zu können. Überlegungen, auch in Deutschland Preisobergrenzen einzuführen, wurden empört abgeschmettert mit dem Hinweis, Versuche in der Vergangenheit hätten da auch nichts erreicht. Dabei gibt es einen offensichtlichen und grundlegenden Unterschied: In der Vergangenheit, z. B. nach dem Zweiten Weltkrieg, waren solche Versuche gemacht worden bei *unzureichender* Mengenversorgung. Davon kann in heutigen Zeiten zumindest in Europa die Rede nicht sein. Auch ein Vorschlag der Partei »Die Linke« im September 2025, die Mehrwertsteuer für alle Grundnahrungsmittel auf Null zu senken, kam über eine Vorlage im Finanzausschuss nicht hinaus.

Naturgemäß werden durch die Inflation allgemein, durch den Preisanstieg bei Lebensmitteln (um 30 Prozent!) im Besonderen die Haushalte mit geringem Einkommen besonders hart belastet. Dabei wird beim Aufatmen über den Rückgang der Preissteigerungen gern übersehen, dass damit ja nicht etwa ein Rückgang der gestiegenen Preise verbunden ist. Die soziale Problematik, die sich daraus ergibt, verdeutlichte eine repräsentative Untersuchung im Herbst 2025: Danach hatte die Hälfte der unter 50jährigen Personen in den vergangenen Monaten sich für den Einkauf von Lebensmitteln Geld leihen müssen, jeweils etwa 40 Prozent von Verwandten oder bei einer Bank.³⁰

Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Im Gefolge des starken Anstiegs der Lebensmittelpreise wurden, wie ein »Sog«, auch landwirtschaftliche Auszahlungspreise stark angezogen und dies, ohne dass es entsprechende Aktivitäten und Forderungen der landwirtschaftlichen Betriebe gegeben hätte! Das weitere Verhalten der Preise unterschied sich aber sehr stark zwischen den pflanzlichen und den tierischen Erzeugnissen.

**Anstieg der
Erzeugerpreise –
auch ohne Proteste**

Um mit der wichtigsten Getreideart Weizen zu beginnen: Die Auszahlungspreise für Brotweizen an die Landwirte erreichten nach der Ernte 2023 ihren Höchststand (um 30 Euro pro Doppelzentner), gingen zurück bei der Ernte 2024 auf etwas über 20 Euro pro Doppelzentner und sanken bei der Ernte 2025 sogar auf 15 Euro und weniger. Der Preisabsturz bei Kartoffeln erfolgte ein Jahr später. Er begann bei den Frühkartoffeln in der Ernte 2025; die Preise waren mit 30 Euro nur noch halb so hoch wie ein Jahr zuvor. Speisekartoffeln lagen in der Ernte 2024 bei 24 Euro pro Doppelzentner, stiegen in den folgenden Monaten bis auf über 30 Euro, um dann auf 16 Euro abzufallen.³¹ Vereinzelt wurde begonnen – wie in solchen Fällen üblich – Kartoffeln an die Tiere (Kühe) zu verfüttern. Bei den Zuckerrüben folgte den hohen Preisen in Vorjahren eine kräftige Anbauausdehnung. Auch dieser Preis erlebte nach der Ernte 2024 dann einen Absturz.

Bei den tierischen Produkten verlief aus den bereits genannten Gründen die Marktentwicklung gänzlich anders:

- Bei der *Milch* stiegen die Erzeugerpreise für viele Monate von einem völlig unbefriedigenden Niveau (um 35 Cent pro Kilogramm Milch) auf 50 bis 53 Cent für konventionell erzeugte Milch. Auch wenn zur gleichen Zeit viele Kosten anstiegen (ausnahmsweise gehörten die Kosten für Futter diesmal nicht zu den Preissteigern), war das doch eine Änderung, über die

Milchviehbetriebe sich sehr freuten. Da auch bis zu Beginn 2025 die Milcherzeugungsmenge weiter leicht zurückging, gab es eine völlig ungewohnt lange »Hochphase« bei den Auszahlungspreisen für Milch. Es muss aber befürchtet werden, dass diese ungewöhnlich erfreuliche Situation mit dem Sommer 2025 enden könnte. In der 35. Kalenderwoche stieg die von den Molkereien erfasste Milchmenge geringfügig, d. h. um ein Prozent gegenüber dem Vormonat an (gegenüber dem niedrigen Wert im gleichen Monat im Jahr zuvor um 3,7 Prozent), und sofort begannen Molkereien mit einer Senkung des Auszahlungspreises.³² LIDL kündigte gleich eine deutliche Senkung des Butterpreises an. Als wenn sie auf der Lauer gelegen hätten.

- Wie bei der Milch, sorgte auch beim Rindfleisch der leichte Rückgang der Rinderbestände (es handelte sich nur um ein Minus von ein bis zwei Prozent pro Jahr) für einen lange anhaltenden Anstieg der Preise. Lagen die Preise für Jungbullen im Januar 2024 noch bei etwa 4,70 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht, so stieg der Preis bis Juli 2025 auf 7,20 Euro. Im August 2025 deutete sich aber ein Abfall an.³³ Entsprechend dem deutlichen Anstieg der Milch- und der Rindfleischpreise stiegen auch die für Zuchtvieh und Kälber sehr deutlich an.

- Auch die Preise für Mastlämmer stiegen deutlich an, vor allem wegen der starken Einbrüche in den Bestandszahlen durch die Blauzungenerkrankheit. Lagen sie im Januar 2024 noch bei sieben Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht, waren sie im Sommer desselben Jahres schon bei acht Euro, um dann im April 2025 den Höchststand von zehn Euro zu erreichen. Danach setzte ein langsamer Rückgang ein.³⁴

**Starker Preisanstieg
für Rinder
und Mastlämmer**

Mehrere landwirtschaftliche Verbände (vor allem MEG-Milchboard, BDM-Deutschland sowie BDM-Europa und die Abl) bemühen sich seit Jahren mit großer Entschlossenheit und größtem persönlichen Einsatz endlich zu erreichen, dass auch Landwirte »Marktpartner« werden. Bisher sind Landwirte nicht bzw. nur in seltenen Ausnahmen in einer Position, in der sie die Höhe und Entwicklung der Preise für ihre Produkte beeinflussen können. Sie sind bloße »Mengenanpasser« oder wie der Europäische Rechnungshof in seinen Gutachten zu formulieren pflegt: Sie sind bloße »Preisnehmer«.

Übrigens zeigt sich hier eine ganz ähnliche Situation bei konventionell wie bei ökologisch wirtschaftenden Betrieben (bei letzteren immer dann, wenn sie auf massenhafte Produktion und Größenvorteile setzen). Für beide Wirtschaftsformen gilt übrigens auch, dass die großen Mitgliedsverbände (DBV, Bioland, Naturland etc.) keinerlei Bereitschaft zeigen, die Stärkung der Marktposition ihrer Mitglieder öffentlich zu fördern. Zu eng sind da die Abhängigkeiten zu den Verarbeitungs- bzw. Handelsunternehmen.

Um das zu ändern wurde und wird so viel politischer Druck wie irgend möglich auf die EU und auf die deutschen Regierungen ausgeübt. Erreicht werden soll, dass eine bereits in der europäischen Marktordnung vorhandene Regelung, nach der vor der Ablieferung landwirtschaftlicher Güter zwischen Landwirten und dem abnehmenden Unternehmen ein Vertrag über Laufzeit, Menge und Preis der Lieferung abgeschlossen werden muss, auch von der Regierung für Deutschland übernommen wird. Während der EU-Agrarkommissar sich für so eine »Verbesserung der Marktstellung« ausspricht, laufen der Raiffeisenverband und der Bauernverband Sturm dagegen. Die Bundesregierung zaudert, für landwirtschaftliche Betriebe das umzusetzen, was sonst in allen Bereichen der Wirtschaft eine pure Selbstverständlichkeit ist. Erfreulicherweise hat sich der Agrarausschuss des EU-Parlamentes in einer Sitzung Anfang September für die Aufnahme entsprechender Verhandlungen eingesetzt.³⁵

Einen wichtigen konkreten Schritt für eine Verbesserung der Position von Milchbauern am Markt konnte im Frühjahr 2025 durch eine Kooperation zwischen dem BDM-Deutschland (vertreten durch Elmar Hannen), dem Geschäftsführer der »Fairen Milch« (Michael Braun) und dem Einkaufsleiter der REWE Group (Benjamin Wölk) gemacht werden. Als besonders wichtige Regelung wurde vertraglich festgeschrieben, dass die vom Büro für Agrarsoziologie (Karin Jürgens) ermittelten Kosten der Milcherzeugung in Deutschland in diesem »Dreiwegevertrag« als Mindestpreis für die Auszahlung an die beteiligten Milcherzeuger anzusehen ist.

Seit einigen Jahren beschäftigt sich die Ernährungswirtschaft mit der Frage, welche Zukunft wohl neue, aus Pflanzen erzeugte Lebensmittel und ebenfalls aus Pflanzen erzeugte Fleischersatzprodukte haben könnten. Sehr viel Geld und Propaganda wurde in die Technologien und neue Anlagen investiert. Nach dem jüngsten repräsentativen »Nationalen Ernährungs-

**Verträge vor Ablieferung:
Bauern- und
Raiffeisenverband
laufen Sturm**

**Vegane
Fleischersatzprodukte
wirtschaftlich
überschätzt**

monitoring (nemo)« des Max-Rubner-Instituts bezeichneten sich ein Prozent der Befragten als Veganer, vier Prozent als Vegetarier und ein Viertel als »Flexitarier«. Letzteres bedeute, so die Studie, dass nicht mehr als zweimal die Woche Fleisch gegessen wird.³⁶ Diese Zahlen deuten auf nur geringe Veränderungen hin. Unübersehbar ist aber, dass der Lebensmittelhandel weiter auf Absatzsteigerungen vor allem auf Ersatzerzeugnisse für Trinkmilch aus Kuhmilch setzt. So werden diesen vielfältigen Angeboten (Hafermilch und ähnliche Produkte) erhebliche Regalflächen eingeräumt. Im Gegensatz dazu tun sich offenbar Ersatzprodukte für Fleisch viel schwerer. Nachdem die in der Vergangenheit besonders aktive »Rügenwalder Mühle« auf Grund wirtschaftlicher Probleme schon im Vorjahr ihre Selbständigkeit aufgeben musste, berichtete die Presse Mitte August 2025 von der Insolvenz des weltweiten »Leuchtturms« für die Herstellung von Fleischersatzprodukten »Beyond Meat«. Das stimmte dann zwar nicht, aber immerhin ergab sich, dass das Unternehmen deutlich weniger Umsätze wie eingeplant hatte. Die Schulden hatten sich zu 1,2 Milliarden US-Dollar aufgehäuft und der Börsenwert war von 235 US-Dollar je Aktie im Jahre 2019 auf aktuell 2,35 US-Dollar gefallen.³⁷

Einkommen

Das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe setzt sich seit der Agrarreform von 1992 aus zwei Teilen zusammen: zum einen aus den Erlösen am Markt und zum anderen aus den Direktzahlungen der EU, der Bundesregierung und der Bundesländer.

Markterlöse 2025

Bezogen auf die Markterlöse entstand in bisher unbekanntem Ausmaß eine »Schere« zwischen den Betrieben mit und den Betrieben ohne Tierhaltung. Während im Ackerbau 2024 ungewöhnlich hohe Erlöse zu erzielen waren (Weizen bei 30 Euro pro Doppelzentner und mehr), näherten sie sich 2025 dem langjährigen Niveau wieder an (leicht über 20 Euro pro Doppelzentner), um dann später im Jahr einen Absturz zu erleben (15 Euro pro Doppelzentner und weniger). Das ist ein Verkaufspreis, der bei fast allen Betrieben unter den Produktionskosten liegt. Die Ursachen, die die Marktanalysten für diesen Absturz nennen, sind vielfältig: Vor allem gab es in nahezu allen Ländern mit bedeutendem Anbau von Getreide deutlich überdurchschnittliche Erträge (besonders in Russland). Allein von den »Schwarzmeerbäfen« ging ein starker Druck zur Preissenkung aus. Da Deutschland, wie die EU, ein wichtiger Getreideexporteur ist, machte sich zudem der starke Kursverlust des US-Dollars gegenüber dem Euro sowie die von der US-Regierung erlassene Erhöhung vieler Zölle sehr negativ bei den Exporteuren bemerkbar. (Das betraf natürlich nicht nur Getreide, sondern alle Erzeugnisse, für deren Absatz der Drittlandexport wichtig war, wie beispielsweise Wein). Dieser Preisverfall vollzog sich bei allen Getreidearten, bei Raps, bei Zuckerrüben, bei Kartoffeln.

Ganz im Gegensatz dazu die Betriebe mit Tierhaltung: gänzlich ungewohnt hohe Preise für Milch, für Rind- und Schaffleisch, für Mastschweine und Geflügel. In den meisten Fällen verursacht durch den leichten Rückgang der Erzeugung (wenige Prozente Rückgang »dreht« die Märkte für tierische Erzeugnisse). Selbst Kälber aus der Zucht der Deutschen Holsteins, die in den vergangenen Jahren eher nur »notwendiges Beiwerk« der Milcherzeugung waren, erzielten gute Preise. Bei Kälbern aus Doppelnutzungsrassen (Alter vier Wochen) gab es Verkaufspreise deutlich über 1.000 Euro.

Allerdings: Es gab nicht nur hohe Verkaufspreise, sondern in vielen Bereichen auch eine deutliche Zunahme von Kosten. Im Gegensatz zu vorhergehenden Jahren aber *nicht* bei den Futtermitteln, sondern bei Kostenpositionen wie »Unterhaltung Gebäude und Maschinen«, Düngemittel und Energie.

Direktzahlungen

Die Direktzahlungen sind von EU-Reform zu EU-Reform real weiter abgebaut worden. Da der Auszahlungspreis nicht verändert wurde, also nominal seinen Wert behielt, verminderte sich der reale Wert in Höhe der Inflation. Hinzu kam, wie in den letzten zwei Reformen auch, dass die »Einkommensgrundsicherung« (das ist der aktuelle Begriff dafür) deutlich zurückgenommen wurde, aber um andere Angebote ergänzt wurde. (Bereits seit vielen Jahren gibt

**Kursverlust US-Dollar
und Zölle führen zu
Preisverfall bei Getreide,
Raps, Zuckerrüben
und Kartoffeln**

**Ungewohnt hohe
Preise bei tierischen
Produkten**

es sie als naturschutzorientierte Angebote in der »Zweiten Säule«. In der aktuell gültigen GAP kamen in der »Ersten Säule« die Ökoregeln hinzu.)

Zur Beurteilung dieser Angebote ist aber wichtig zu beachten, dass sie auf eine Einkommensminderung hinauslaufen: Die Vorgabe für (fast alle) Angebote dieser Art ist, dass sie von der Höhe der Zahlungen her nur ein Ausgleich für höhere Kosten oder für entgangene Erlöse sein dürfen. Die wichtigste (und höchst erfreuliche) Ausnahme ist das »Kennartenprogramm« für Dauergrünland: Hier erhalten die Betriebe, die ihr Grünland seit Langem extensiver bewirtschaften, als Anerkennung für die Wirkung dieser Bewirtschaftung (überdurchschnittliche Pflanzenartendiversität, keine Nährstoffüberschüsse) vergleichsweise hohe Zahlungen (240 Euro je Hektar anerkannte Fläche). Leider ist nur die Art der Kontrolle (via Satellit) für die Landwirte ein andauerndes Ärgernis, da der Satellit viele Bewirtschaftungszustände nicht – wie die Verwaltung es wohl erhofft hatte – korrekt erfassen kann. Dann erhalten die Landwirte eine Fehlermeldung und müssen, »bewaffnet« mit einem guten Tablet, die Felder aufsuchen und »Beweissicherungsphotos« in einer sehr spezifischen Form erstellen.

Große Aufmerksamkeit finden die häufig im Mai von der EU-Kommission freigegebenen Informationen über die Direktzahlung an landwirtschaftliche Betriebe (alle Zahlungen aus der Ersten und Zweiten Säule). Bei der Einführung der Direktzahlungen im Jahr 1992/93 war als verbindliche Zweckbindung für die Direktzahlungen zugesichert worden: Die Zahlungen sollten den *Bewirtschaftern* (nicht den Flächeneigentümern!) der landwirtschaftlichen Nutzflächen als Ausgleich für die von der EU veranlasste Senkung des Preisniveaus für landwirtschaftliche Erzeugnisse dienen (Weil es nie zu einer Anpassung der Zahlungen an die Inflation kam, führte das über die Jahre in etwa zur Halbierung der realen Preise.) Angesichts dieser »eigentlich« klaren Zweckbindung ist es doch erstaunlich, wer alles – mit welcher Begründung auch immer – inzwischen zu den Empfängern der Zahlungen gehört.

Von den 20 Empfängern der höchsten Beträge waren immerhin 15 öffentliche Körperschaften. Den »Vogel« schoss dabei der »Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft« in Magdeburg mit gut 37 Millionen Euro ab, gefolgt von der »Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau« in Kassel mit über 26 Millionen Euro. Nach einer Recherche des MDR³⁸ zu den Zahlungen des Vorjahres, die die gleichen »Spitzenreiter« hatte, begründete der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft die hohen Zahlungen (alle aus der Zweiten Säule) mit erforderlichen Maßnahmen zum Hochwasserschutz. Bei der gleichen Recherche antwortete das Sächsische Landwirtschaftsministerium, wofür sie denn jeweils etwa 25 Millionen aus den Mitteln der EU erhalten hätten, die für die landwirtschaftlichen Betriebe bestimmt sind, sie hätten das für Personal- und IT-Kosten benötigt, um die ELER-Mittel der EU umsetzen zu können. Das Thüringer Landwirtschaftsministerium erklärte, es hätte mit den hohen EU-Subventionen die Flurbereinigung finanziert.³⁹

Zu den Empfängern hoher Zahlungen gehörten weiter mehrere Vermarktungsorganisationen. So erhielt beispielsweise der Erzeugergroßmarkt Langförden-Oldenburg e.G. nicht weniger als 8,3 Millionen Euro. Zu den Großempfängern mit mehr als 4,1 Millionen Euro zählt auch die »Stiftung Naturschutzpark Lüneburger Heide«. Auch das landwirtschaftliche Unternehmen »Crawinkel«, das nach der Wende von einem westfälischen Landwirt gekauft worden war und sich unter dem Namen »Thürengeti« vermarktet, ist mit nicht weniger als 2,1 Millionen Euro dabei. Dabei dürfte ein Großteil der Mittel eingeworben worden sein für die Umsetzung des Naturschutzprojektes: »Grünlandnutzung durch große Weidetiere«.

Für die Landwirte ausgesprochen ärgerlich ist auch, dass zahlreiche nicht-landwirtschaftliche Investoren hohe Fördersummen erhalten haben. So werden der Schweinezuchtanlage Tiggermann in Lindendorf 1,2 Millionen Euro und der Südzucker AG gut eine Millionen Euro ausgezahlt. Die mehr als 2,5 Millionen Euro schließlich, die an den Golfclub Neustadt in Nordhausen gegangen sind, verweisen darauf, dass die Behauptung vor der letzten EU-Agrarreform, man würde dafür Sorge tragen, dass die EU-Mittel nur »aktiven Landwirten« zuteilkommen würden, entweder misslungen ist, oder von Anfang an eine »Nebelkerze« war.

Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe *allgemein*: Das Wirtschaftsjahr in der Landwirtschaft endet jeweils am 30. Juni. Bevor die Buchführungen ausgewertet sind, ist aber bereits Redaktionsschluss für den jeweils im Januar des Folgejahres

**Anerkennung der Leistung:
»Kennartenprogramm«
für Dauergrünland**

15 von 20 Empfänger hoher Direktzahlungen sind öffentliche Körperschaften

Hohe Fördersummen für nicht-landwirtschaftliche Investoren

Energieerzeugung verbessert die Bilanz vieler Betriebe

erscheinenden *Kritischen Agrarbericht*. Aber selbst, wenn die Gewinn- und Verlustrechnungen für die Landwirtschaft vorliegen, ist es nicht leicht, sich ein gültiges Urteil zu bilden. So wird in der Gewinnermittlung nur der landwirtschaftliche Betrieb abgebildet. Vor allem bei intensiven Geflügel- und Schweinehaltungsbetrieben gibt es aber seit vielen Jahren die Praxis, die Betriebe aus steuerlichen Gründen zu teilen. Der tatsächliche Betrieb wird dadurch etwas anderes wie die »Ausgründungen« für das Finanzamt. Seit vielen Jahren engagieren sich viele Höfe auch in der Energieerzeugung: PV-Anlagen sind wohl nirgendwo so häufig zu sehen wie auf den Dächern landwirtschaftlicher Betriebe. Etwa 10.000 Betriebe betreiben Biogasanlagen, viele Betriebe haben investiert in eine eigene Windmühle oder halten Anteile daran. Fast immer sind das dann gewerbliche Anlagen mit eigenen Buchführungsabschlüssen. Die können mal bessere, mal wenig erfreuliche Ergebnisse haben, aber sie sind doch fraglos wichtige zusätzliche Einnahmen. Ohne diese und weitere gewerbliche Einnahmen (dazu zählen auch Vermietung von Ferienwohnungen, Hofläden etc.) ist die wirtschaftliche Lage vieler Höfe gar nicht mehr zu verstehen. Es gilt aber auch, dass das Vorhandensein von zusätzlichen gewerblichen Einnahmen kein Anlass sein darf, nicht auch für die Landwirtschaft selbst und für die Arbeit in der Landwirtschaft eine eigene Wirtschaftlichkeit zu fordern.

Weiterhin zu beachten ist, dass von den womöglich erzielten Gewinnen nicht nur die Einkommensteuer, Altersversorgung und die privaten Versicherungen zu bezahlen sind, sondern dass es dann auch noch den Posten »Tilgung« gibt. Vor allem bei Betrieben, die in den vergangenen Jahren hohe Beträge in neue Ställe investiert haben, kann die Tilgung – trotz der durchaus üppigen öffentlichen Förderung der Investitionen – selbst hohe Gewinne kräftig zusammenschmelzen lassen.

Fünf Kernforderungen an die Politik

1. **Vertragssicherheit für Landwirte schaffen!** Umsetzung einer verbindlichen Vertragspflicht zwischen landwirtschaftlichen Lieferanten und Abnehmern auch im genossenschaftlichen Bereich über Preis, Mengen, Qualitäten und Laufzeit. Die rechtlichen Voraussetzungen sind vorhanden durch die auf Basis des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktordnung 1308/2013 (GMO in Deutschland erfolgten Verordnungsermächtigung (§ 53 AGrarOLKG).
2. **Einführung von Agrarstruktursicherungsgesetzen in allen Bundesländern!** Angesichts der steigenden Pacht- und Kaufpreise sollen die zuständigen Bundesländer, in Ergänzung der aktuellen Gesetze (GrundstücksverkehrsG 1962, LandpachtverkehrsG 1986) eigene Regulierungen erlassen mit dem Ziel, sowohl Kauf wie auch Pacht landwirtschaftlicher Nutzflächen zu Preisen zu unterbinden, die für Landwirte eine wirtschaftliche Nutzung unmöglich machen. Zudem sind rechtliche Vorkehrungen zu treffen, um nicht-landwirtschaftliche Investoren von Kauf und Pacht wirksam auszuschließen. Konkrete Vorschläge dazu wurden bereits 2016 in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitet.
3. **Direktzahlung nur für wirklich »aktive Landwirte«!** Um außerlandwirtschaftliche Unternehmen und Holdings aus dem Bezug von GAP-Fördermittel auszuschließen, sollte die Auszahlung der Mittel auf diejenigen be-

schränkt werden, die als Haupterwerbsbetrieb mehr als 30 Prozent ihres Einkommens als Gewinn aus dem landwirtschaftlichen Betrieb beziehen, bei Klein- und Nebenerwerbsbetrieben mehr als 20 Prozent.

4. **Förderung des Weidegangs für alle Rinder!** Die Weiterentwicklung der GAP muss eine finanzielle Förderung des Weidegangs nicht nur für Milchkühe, sondern für alle Rinder enthalten. Die Höhe soll gestaffelt werden nach der durchschnittlichen Dauer des täglichen Weidegangs.

5. **Wiedereinführung einer modifizierten Hoftorbilanz!** Die Abschaffung der Stoffstrombilanz (Hoftorbilanz) zugunsten des »alten« parzellenbezogenen Systems muss rückgängig gemacht werden, da nur eine verpflichtende, einzelbetriebliche Hoftorbilanz dem Verursacherprinzip entspricht und wirksam sowie transparent genug ist, um die Nährstoffeffizienz tatsächlich zu verbessern. Dies fordert auch das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 8. Oktober 2025. Die Hoftorbilanz ist dabei so weiterzuentwickeln, dass sie nicht unnötige Belastungen der Betriebe mit sich bringt – etwa, indem man die Flexibilität erhöht: Wer eine aus fachlichen Gründen (Vermeidung von Nährstoffausträgen) vorgegebene Obergrenze übersteigt, kann dies ausgleichen, indem er in den folgenden Jahren eine deutliche Verminderung der Düngung nachweist.



Anmerkungen

- 1 Siehe auch Beitrag von Jan Wittenberg in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 188-193).
- 2 M. Franz et al.: Landwirtschaft in der Krise? Landwirtschaftsproteste 2023/24 und die Perspektiven der Landwirtinnen und Landwirte. Osnabrück 2024 (zitiert in: Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben, Nr. 24/2025, S. 13. – Zum Ganzen siehe auch den Beitrag von Hajo Holst, Steffen Niehoff und Martin Franz in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 18-24).
- 3 Statistisches Bundesamt, Landwirtschaftszählungen 2010 und 2020 sowie Agrarstrukturerhebung 2016; BMEL (723).
- 4 »SVLFG will Hilfe für psychisch Belastete verstärken«. Pressemitteilung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) vom 26. September 2025. Siehe auch Beitrag von Hartmut Schneider in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 106-110).
- 5 Der Grundstein/der Sämann. IG Bau Agrar (Hrsg.), Ausgabe April 2025, S. 7 ff.
- 6 BMEL: Newsletter BLZ Agrarstatistik, August 2025.
- 7 »4800 landwirtschaftliche Betriebe waren 2022 Teil einer Unternehmensgruppe«. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 415 vom 6. November 2024.
- 8 N. Lehmann: Makler warnt: Landwirte können am Bodenmarkt nur schwer mithalten. In: *agrarheute* vom 17. April 2025.
- 9 Siehe den Beitrag von Anne Neuber, Manuel Wagner und Jan Brunner in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 80-85).
- 10 »KORREKTUR: Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen zwischen 2020 und 2023 um 9 % gestiegen«. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 153 vom 12. April 2024.
- 11 Lehmann (siehe Anm. 8)
- 12 N. Lehmann: 20.000 Hektar: Investor kauft XXL-Agrarflächen und die Politik schaut weg. In: *agrarheute* vom 12. September 2025.
- 13 »Leichter Anstieg der Getreideanbauflächen zur Ernte 2025 nach Tiefstand im Vorjahr«. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 153 vom 19. Mai 2025.
- 14 BMELH: Statistischer Monatsbericht des BMLEH: Kapitel A Landwirtschaft, Flächenbilanz in kg N/ha von 1990 bis 2023.
- 15 BVL: Inlandsabsatz und Ausfuhr von Pflanzenschutzmitteln, 2025 (www.bvl.bund.de/psmstatistiken).
- 16 D. Wolber: Bekämpfung von Erdmandelgras (<https://lu-web.de/redaktion/news/bekaempfung-von-erdmandelgras>).
- 17 M. Lenz: Pflanzenschutzdienst des Regierungspräsidiums Gießen, zit. in *Hessisch/Niedersächsische Allgemeine (HNA)* vom 8. August 2025.
- 18 Frankfurter Rundschau vom 26. Juli 2025.
- 19 T. Löbber: Strukturwandel in der deutschen Milchviehhaltung – eine Status quo Betrachtung. In: *Milchtrends.de*, Thünen, Georg-August-Universität Göttingen (Hrsg.): Trendthema im Mai 2025.
- 20 BMELH: Viehbestände nach den Mai/November-Erhebungen (laufend).
- 21 C. Dieblitz und J. Efken: Steckbriefe zur Tierhaltung in Deutschland – ein Überblick. Thünen-Institut für Betriebswirtschaft. Braunschweig 2024.
- 22 BMEL-Statistik: Anzeigepflichtige Tierseuchen in Deutschland, 2025 (www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/veterinaerwesen).
- 23 N.N.: Maul- und Klauenseuche: Ausrottungsstrategie wackelig. In: *Unabhängige Bauernstimme* vom 30. Januar 2025.
- 24 BMELH (siehe Anm. 19).
- 25 Dieblitz und Efken (siehe Anm. 20).
- 26 BMELH: Viehbestandserhebung 2023 (www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/tierhaltung/viehbestand).
- 27 BVL: »Antibiotikagabe in Tiermedizin leicht gestiegen«. Pressemitteilung der BVL vom 9. Oktober 2025.
- 28 Monopolkommission: XXV. Hauptgutachten »Wettbewerb 2024«. Bonn 2024.
- 29 I. Weber et al.: Krisenpuffer gegen die Inflation. Öffentliche Nahrungsmittelspeicher zur Preisstabilisierung und ihr Beitrag zur Transformation der Ernährungssysteme. Heinrich Böll-Stiftung et al. (Hrsg.). Berlin 2024.
- 30 Frankfurter Rundschau vom 15. September 2025.
- 31 O. Zinke: Kartoffelpreise im freien Fall. In: *agrarheute* vom 29. Juli 2025 sowie N.N.: Kartoffeln: Qualität vor Quantität. In: *WLL*, Heft 38/2025, S. 44.
- 32 ZMP – Marktwoche Milch, vom 10. September 2025.
- 33 Weniger Rind und Rindfleisch. In: *WLL*, Heft 34, 2025.
- 34 Die Marktlage: Lämmer. In: *WLL*, Heft 33, 2025, S. 519.
- 35 Pressemitteilung der AbL vom 8. September 2025.
- 36 K. Khachatryan et al.: Online-Befragung nemo Erwachsene. Max Rubner-Institut 2025, S. 53 ff.
- 37 O. Zinke: Beyond Meat kämpft ums Überleben – Menschen wollen keinen Fleischersatz essen. In: *agrarheute* vom 3. September 2025.
- 38 MDR vom 23. Januar 2023.
- 39 »Datenanalyse EU-Agrarsubventionen...«, MDR, 20. Januar 2023.



Prof. Dr. Onno Poppinga
Hochzeitstraße 5
34376 Immenhausen-Holzhausen
o.p.upgant@t-online.de